

gereist, in der schwierigen Mission, das Schicksal der Juden in der Sowjetunion zu erleichtern.

Persönlich habe ich ihn als Mitglied des Büros unseres Rates kennen und schätzen gelernt. Seit acht Jahren gehörte er dem leitenden Organ unseres Parlaments an und bereicherte dort die Diskussion mit seinen klugen und scharfsinnigen Voten. Jean Riesen war einer der wenigen Handwerker dieser Versammlung. Mit seinem ausgesprochenen Gespür für Politik hat er sich die Achtung seiner Ratskollegen erworben. Er war grossmütig und treu in der Freundschaft. Dem gemütlichen Pfeifenraucher verschaffte seine lebenswürdige Herzlichkeit manch wertvollen Trumpf, den er wohl auszuspielen wusste. Er hat das Parlament geliebt und ihm 20 Jahre lang sein Bestes gegeben. Die Fraktion der SPS verliert ein tatkräftiges Mitglied, das intensive parlamentarische Arbeit geleistet hat. Mit Jean Riesen hat uns ein loyaler Kollege verlassen.

In Ihrem Namen, meine Damen und Herren, entbiete ich der Gattin des Verstorbenen und seiner Familie unser tiefstes Beileid und die herzliche Anteilnahme des Ständerats.

Am Freitag erreichte uns auch die Nachricht vom Tode unseres ehemaligen Ratskollegen Aldo Riva, und auch von Willy Donzé, der von einer langen Krankheit erlöst wurde. Ich bitte Sie und auch die Besucher auf den Tribünen, sich zu Ehren der Verstorbenen zu erheben.

Der Rat erhebt sich zu Ehren der Verstorbenen von den Sitzen

L'assistance se lève pour honorer la mémoire des défunts

Mitteilungen der Kantone – Communications des cantons

Die Ratssekretärin, Frau Huber, verliest folgende Mitteilung: «Der Staatsrat des Kantons Wallis teilt mit, dass bei der Ergänzungswahl eines Abgeordneten in den Ständerat vom 14. Juni 1987 Herr Edouard Delalay für das Ende der Legislaturperiode 1983/87 gewählt wurde.»

Herr Delalay legt das Gelübde ab

Monsieur Delalay fait la promesse requise

Präsident: Ich heisse den neuen Ständerat, Herrn Delalay, in unserer Mitte willkommen und wünsche ihm alles Gute für seine Tätigkeit in unserem Rat.

Wahl eines Stimmzählers – Election d'un scrutateur

Ergebnis der Wahl – Résultat du scrutin

Ausgeteilte Wahlzettel / Bulletins délivrés	45
eingelangt / rentrés	43
leer / blancs	3
ungültig / nuls	0
gültig / valables	40
absolutes Mehr / majorité absolue	21

Es wird gewählt – Est élu

Monsieur Reymond par 39 voix

Präsident: Ich beglückwünsche Herrn Reymond zu seiner Wahl und bitte ihn, den Platz des Stimmzählers einzunehmen.

87.045

Internationale Arbeitskonferenz.

72. Tagung

Conférence internationale du travail.

72e session

Bericht des Bundesrates vom 15. Juni 1987 (BBI II, 1336)
Rapport du Conseil fédéral du 15 juin 1987 (FF II, 1033)

Jelmini, Berichterstatter: Der Bericht über die 72. Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz enthält in der Hauptsache eine Beschreibung des Uebereinkommens Nr. 162 über die Sicherheit bei der Verbindung von Asbest sowie eine kurze Uebersicht über die durch die Konferenz angenommenen Verfassungsänderungen der Internationalen Arbeitsorganisation.

Bezüglich des Uebereinkommens Nr. 162 teilt der Bundesrat grundsätzlich das Ziel, zu einer möglichst umfassenden Sicherheit im Gebrauch von Asbest zu gelangen. Warum empfiehlt er dann nicht dieses Uebereinkommen zur Ratifizierung? Es sind die Artikel 10 und 17, welche ein Ratifizierungshindernis darstellen. Bei einer Ratifizierung von Artikel 10 würde man das Prinzip der Verhältnismässigkeit verletzen, welches gemäss unserer Rechtsordnung auch in den Bereichen des Gesundheits- und Umweltschutzes zum Tragen kommt.

Was Artikel 17 anbelangt, wird für Abbrucharbeiten an Gebäuden, welche Asbest enthalten, eine offizielle Genehmigungspflicht vorgesehen. Ueberdies müssten Unternehmen, welche solche Arbeiten ausführen, eine eigentliche Konzession erhalten.

Nach Meinung des Bundesrats fehlt in der Schweiz die rechtliche Grundlage, um eine solche Forderung zu erfüllen. Würde man Artikel 17 ratifizieren, würden kantonale baupolizeiliche Vorschriften ausser Kraft gesetzt.

Die Schweiz hat von jeher die Haltung eingenommen, internationale Uebereinkommen nur dann zu unterschreiben, wenn sie sie auch einhalten kann, was bezüglich der beiden genannten Artikel nicht der Fall sein würde.

Aus diesem Grund verzichtet der Bundesrat darauf, dem Parlament das Uebereinkommen zur Ratifizierung zu unterbreiten. Es muss aber betont werden, dass die schweizerische Gesetzgebung schon heute in genügender Art und Weise den Gesundheitsschutz der Arbeitnehmer gegen die Gefahren von Asbest gewährleistet. Mit Hilfe der bestehenden Rechtsgrundlagen (Arbeitsgesetz, Unfallversicherungsgesetz, Verordnung über die Unfallverhütung) ist es nämlich gelungen, das Asbestproblem weitgehend in den Griff zu bekommen. Durch die Aufnahme eines Asbestanhanges in die Stoffverordnung, das Inkrafttreten einer Meldepflicht für die Sanierung von Spritzasbestisolationen und die konsequente Anwendung und Durchsetzung der kantonalen Bau- und Polizeivorschriften wird es in naher Zukunft möglich sein, sämtliche im Uebereinkommen Nr. 162 festgelegten Ziele auch ohne dessen Ratifikation zu erreichen. Ueberdies muss man auch erwähnen, dass die Verhütung von asbestbedingten Berufskrankheiten durch die Suva, besonders in den letzten Jahren, wirksam und gründlich vorgenommen wird.

Die Kommission hat den Berichterstatter beauftragt, diesem Rat einige Erklärungen diesbezüglich abzugeben. Es ist bekannt, dass aufgrund seiner hervorragenden Materialeigenschaften Asbest – vor allem in unserem Jahrhundert – zu einem universell verwendeten Werkstoff geworden ist. Erst in den fünfziger Jahren wurde erkannt, dass das Einatmen von Asbestfasern zu einer Reihe von besonderen Krankheiten führen kann. Als besonders verhängnisvoll erwies sich die Tatsache, dass zwischen der Exposition gegenüber Asbest und dem Ausbruch einer asbestinduzierten Erkran-

kung viele Jahre – im Extremfall bis vierzig Jahre – verstreichen.

Seitdem die Zusammenhänge zwischen Asbestexposition und den entsprechenden Erkrankungen erkannt wurden, hat die Suva den Wert für die maximale Arbeitsplatz-Konzentration für Asbest, der an asbestexponierten Arbeitsplätzen eingehalten werden muss, schrittweise gesenkt. In den zurzeit noch etwa 85 bei der Suva wegen Asbest unterstellten Betrieben wird die Einhaltung des festgelegten Wertes periodisch durch Messungen am Arbeitsplatz kontrolliert. Diese Messungen haben aufgezeigt, dass an der überwiegenden Mehrheit der asbestexponierten Arbeitsplätze der Wert beträchtlich unterschritten wird. Zeigen solche Messungen eine Ueberschreitung der vorgeschriebenen Grenzwerte, so werden durch die Suva Sanierungsmaßnahmen angeordnet und durchgesetzt.

Parallel zu diesen technischen Kontrollen wurden alle der etwa 2500 asbestexponierten Arbeitnehmer einer medizinischen Berufskrankheiten-Prophylaxe unterstellt. Diese medizinische Prophylaxe umfasst Eintrittsuntersuchungen, periodische Kontrolluntersuchungen alle zwei bis drei Jahre sowie Nachuntersuchungen.

Seit die Gefährlichkeit von Asbest erkannt wurde, begann auch die Suche nach ungefährlichen oder weniger gefährlichen Substitutionsprodukten. Es zeigte sich aber, dass keine Ersatzfaser die speziellen Eigenschaften der Asbestfaser auch nur annähernd erreicht. Trotzdem ist es gelungen, für die meisten Anwendungsbereiche von Asbest geeignete Ersatzfasern zu finden. So hat beispielsweise die Asbestzementindustrie bereits heute ungefähr zwei Drittel ihrer Produktion auf Substitutionsfasern umgestellt, so dass man nun legitimerweise von Faserzementindustrie und Faserzementprodukten sprechen darf. Erklärtes Ziel dieser Industrie ist die vollständige Asbestsubstitution bis zum Jahre 1992. Auch auf den meisten anderen Anwendungsgebieten ist die Asbestsubstitution in vollem Gange. Es zeigte sich auch, dass der Markt mit dem Gesetz von Angebot und Nachfrage bereits zu spielen begann, indem asbesthaltige Produkte mehr und mehr verpönt und nicht mehr ohne weiteres absetzbar sind. Die vorgesehene Aufnahme eines Asbestanhanges in die Stoffverordnung wird diese Substitution mit Sicherheit noch beschleunigen.

Was den Problemkreis Spritzasbest betrifft, möchte ich beifügen, dass das Problem einer gesundheitlichen Gefährdung des Menschen durch asbesthaltige Spritzbeläge in Gebäuden vor einigen Jahren zu einem grossen Politikum geworden ist. In der Zwischenzeit hat sich die Situation wieder etwas beruhigt, da durch Messungen gezeigt werden konnte, dass selbst in Räumen mit Spritzasbestbelägen in einem relativ schlechten Zustand in den meisten Fällen keine gesundheitsgefährdenden Konzentrationen von Asbestfasern auftreten. Gefährliche Asbestfaserkonzentrationen können aber auftreten, wenn ohne entsprechende Schutzmassnahmen Spritzasbestbeläge entfernt oder an diesen stauberzeugende Manipulationen vorgenommen werden. Die Suva hat deshalb durch verschiedene Pressebulletins auf die gesundheitlichen Gefahren aufmerksam gemacht, welche unsachgemässe Manipulationen an Spritzasbestbelägen zur Folge haben können. Die Suva überwacht auch seit etwa drei Jahren stichprobeweise die Firmen, welche Spritzasbestentfernungen durchführen. Mit dem Inkrafttreten einer Verordnung über die Einführung einer Meldepflicht für die Sanierung von Spritzasbestbelägen werden in naher Zukunft auch die mit Artikel 17 des Uebereinkommens angestrebten Ziele erreicht.

Aus der Kommissionsmitte wurde ein Antrag eingereicht, mit dem der Bundesrat aufgefordert werden sollte, dem Parlament das Uebereinkommen unter Vorbehalt der Artikel 10 und 17 zur Genehmigung zu unterbreiten. Aber bei dieser Konvention fehlt die rechtliche Möglichkeit zur Anbringung von Vorbehalten. Deswegen wurde der Antrag zurückgezogen.

Die Kommission schloss sich der Auffassung des Bundesrates an.

Der Bericht enthält auch eine detaillierte Beschreibung der

Verfassungsänderungen betreffend die Struktur der Organisation, die Zusammensetzung des Verwaltungsrates, die Ernennung des Generaldirektors, die Regelung des Quorums an der Konferenz und das Verfahren zur Aenderung der Verfassung. Das Hauptziel der Neugestaltung ist die Anpassung der verschiedenen Mechanismen und Verfahren der Internationalen Arbeitsorganisation an die in den letzten Jahren eingetretene politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung in der Welt, um sie repräsentativer und wirksamer zu gestalten. Der Bundesrat liess sich in seinem Annahmebeschluss von der Ueberzeugung leiten, dass der Schweiz durch diese Verfassungsänderung eine reelle Chance zur besseren Vertretung in der Organisation eingeräumt wird. Neue Verpflichtungen wurden der Schweiz nicht auferlegt; wir müssen auch nicht auf früher eingeräumte Rechte verzichten.

Die einstimmige Kommission beantragt Ihnen, vom Bericht über die 72. Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz Kenntnis zu nehmen.

M. Delamuraz, conseiller fédéral: Le Conseil fédéral soumet à votre Conseil le rapport sur la Convention et les amendements à la constitution de l'Organisation internationale du travail, adopté par la conférence lors de sa 72^{me} session. Ce rapport est pour nous l'occasion de souligner l'importance de l'OIT, une des plus anciennes et sans doute une des plus originales organisations qui soient. Son organisation tripartite en fait toute l'efficacité, tout l'intérêt, ce que témoigne l'excellente santé de l'institution, le travail en profondeur qu'elle accomplit et l'exercice positif qui a été le sien en 1986. Je me bornerai à souligner au nombre des remarques négatives, la situation financière difficile de cette institution dont le budget est libellé en dollars et dont les possibilités de recettes sont, malheureusement, de plus en plus limitées. Cela pourrait être de nature, à la longue, à contribuer à rendre difficile l'accomplissement du travail qui doit être le sien. J'ajouterai à ce chapitre tout l'intérêt que la Suisse a, en tant que pays hôte, d'aider, autant qu'elle le peut, cette institution à résoudre les problèmes matériels et financiers en particulier qui l'accablent actuellement.

L'essentiel de notre rapport est donc consacré à cette convention comportant des dispositions propres à protéger les travailleurs contre les effets dangereux dus à l'utilisation de l'amiante. Je voudrais dire aujourd'hui, clairement, afin qu'il n'y ait aucune ambiguïté, que cette espèce d'antagonisme que l'on a créé entre, d'une part, la santé des travailleurs et, d'autre part, le rendement économique, ajoutant que le Conseil fédéral avait choisi le rendement économique unilatéralement et exclusivement au détriment de la santé des travailleurs, que cela est tout simplement un faux dilemme. Le Conseil fédéral – vous le savez – est parfaitement en accord avec les objectifs de cette convention ainsi qu'avec les idées générales qui y sont contenues. Il confirme ici, par ma voix, sa volonté de continuer – non pas de commencer – à faire le nécessaire pour protéger les travailleurs qui doivent produire et utiliser de l'amiante. D'ailleurs nous devons constater que, dans ce domaine, les mesures de protection qui ont été prises ces dernières années ont conduit à un niveau de protection qui, s'il n'est pas absolu, s'en rapproche cependant et nous permet d'affirmer que, en particulier par rapport à la situation d'il y a dix, quinze ou vingt ans, nous sommes en présence, aujourd'hui, d'un ensemble de protections, d'un ensemble de dispositions légales ou réglementaires, d'un ensemble de dispositions techniques qui ont été prises et d'un ensemble de mesures de contrôle qui mettent le travailleur de notre pays à l'abri de l'essentiel des dangers qui, autrefois, le menaçaient encore lorsqu'il faisait usage de l'amiante.

Si le Conseil fédéral ne vous propose pas de ratifier la Convention No 162, ce n'est en aucun cas parce qu'il minimiserait les conséquences possibles relatives à l'usage de l'amiante par des ouvriers qui le produisent ou qui travaillent avec cette matière; c'est tout simplement parce que, sur deux points essentiels cette convention propose des mesures qui vont à l'encontre de l'ordre juridique suisse. En

effet, la ratification de conventions internationales est pour notre pays un sujet tout à fait clair et bien réglementé. Nous n'entrons en matière et nous ne pouvons signer, puis ratifier que des conventions que nous sommes en mesure de respecter et d'appliquer strictement sur notre territoire. Il n'est possible de ratifier une convention de droit international – et c'est une pratique constante de la Confédération, du Parlement comme du gouvernement – que si le droit interne donne les moyens de l'appliquer dans toutes ses clauses. Non pas de l'appliquer partiellement, non pas d'arriver à nos fins par d'autres voies que celles que prévoit *expressis verbis* la convention, mais d'arriver réellement à une application claire, honnête et complète de celle-ci.

Ainsi avons-nous pratiqué «de toute éternité» et ainsi sommes-nous respectés, car, lorsque la Suisse signe puis ratifie une convention, celle-ci ne reste pas lettre morte dans notre pays, elle est réellement appliquée, et ainsi donnons-nous au droit international sa véritable portée, celle d'un droit appliqué et non pas celle d'un ensemble de recommandations méprisées ou partiellement respectées.

Nous proposons en l'occurrence de faire de même et de constater que la convention actuelle contient un article 10 qui ne respecte pas le principe de la proportionnalité qui est une des marques de nos actes législatifs suisses en ce sens qu'il ne prendrait en compte qu'une partie, certes importante, du problème, alors que l'autre partie, importante également, ne saurait être traitée par le silence comme la convention le fait.

Pour cette première raison, nous constatons qu'il faut renoncer pour l'instant, tant que le droit interne est ce qu'il est, à l'application de cette convention. Sur ce point, je ne me réfère pas à de vieux textes qu'il faudrait rafraîchir et transformer, mais à la récente loi sur la protection de l'environnement qui, à son article 11, a bel et bien fixé, par le respect de la proportionnalité, qu'il y avait lieu de prendre en compte, non seulement la santé des travailleurs, mais aussi la possibilité, du point de vue économique, de réaliser l'opération envisagée. Etant donné que le récent droit interne sur ce point ne permet pas l'application de la convention, nous devons donc considérer qu'il n'y a pas lieu d'envisager maintenant sa ratification.

L'article 17 est la deuxième pierre d'achoppement. En effet, il constitue, pour le droit suisse, une impossibilité d'application en ce sens qu'il fait appel à toute une série de dispositions relatives au droit des constructions, toutes choses qui, en Suisse, relèvent de la compétence des cantons et qu'il ne serait pas séant de vouloir prendre à notre compte, dans le cadre de la Confédération, dépourvus que nous sommes de l'outil juridique nécessaire pour appliquer honnêtement la convention en question.

C'est la deuxième raison pour laquelle il faut refuser formellement cette convention quand bien même, je le répète, nous sommes acquis aux principes qu'elle énonce et nous voulons atteindre les objectifs qu'elle a formulés. Nous avons déjà parcouru un grand chemin dans ce sens et nous continuerons à perfectionner l'appareil de protection des travailleurs pour concourir à la santé publique qui est sans doute l'une des priorités de notre ordre social. Pour les raisons formelles que j'ai évoquées et qu'a excellemment exposées M. Jelmini, nous sommes aujourd'hui dans l'incapacité de ratifier cette convention.

Präsident: Der Kommissionspräsident stellt den Antrag auf Genehmigung des Berichts. Wird ein anderer Antrag gestellt? – Das ist nicht der Fall. So beschlossen.

87.434

Interpellation Flückiger OECD-Verhandlungen. Folgen Conséquences des négociations de l'OCDE

Wortlaut der Interpellation vom 9. Juni 1987

Die Mitgliedstaaten der OECD sind am vergangenen 12. und 13. Mai in Paris übereingekommen, neue Formen des Protektionismus zu vermeiden und im eigenen Land dem Druck nach protektionistischen Massnahmen nicht nachzugeben. Noch vor Ende Mai war aber zu vernehmen, dass die (in Vorbereitung befindliche) amerikanische Handelsgesetzgebung weiterhin zu Beunruhigung Anlass gebe bezüglich der in ihr enthaltenen protektionistischen Tendenzen.

An der gleichen Sitzung hat der OECD-Rat sich übrigens auch für eine Reform der Agrarpolitik ausgesprochen, durch die in mancher Hinsicht die Produktion der Landwirtschaftserzeugnisse modifiziert werden könnte.

Angesichts der wirtschaftlichen Bedeutung dieser Entscheide und Informationen bitten wir den Bundesrat, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wo liegt die Grenze der Marktverzerrungen, jenseits der die Zustimmung der OECD-Mitgliedstaaten zum offenen multilateralen Handelssystem, wie es in Paris beschlossen wurde, praktisch keinen Sinn mehr hat?

2. Ist vom Ergebnis der Verhandlungen über die Landwirtschaft zu erwarten, dass es die Stellung der schweizerischen Landwirtschaft kurzfristig beeinflusst, namentlich kurzfristig?

3. Welches sind, über die Diskussionen und Resolutionen der Ministerkonferenz der OECD hinaus, die Auswirkungen dieser Beschlüsse auf die multilateralen Verhandlungen, an denen die Schweiz teilnimmt, besonders auf die Verhandlungsrunden des Gatt, die sogenannte «Uruguay Round»?

Texte de l'interpellation du 9 juin 1987

Les 12 et 13 mai dernier, à Paris, les pays membres de l'OCDE sont convenus d'éviter de nouveaux signes de protectionnisme et de résister chacun aux pressions intérieures en matière de protectionnisme.

Or, le mois de mai ne s'était pas terminé que l'on disait de la législation américaine (en préparation) sur le commerce, qu'elle ne laissait pas d'inquiéter quant aux tendances protectionnistes qui s'en dégagent.

Par ailleurs, lors de la même session, le Conseil de l'OCDE se prononçait pour une réforme des politiques agricoles qui, à bien des égards, apparaît comme étant susceptible de modifier considérablement la production des denrées agricoles.

Au vu de l'importance économique de ces décisions et informations, nous demandons au Conseil fédéral de bien vouloir répondre aux questions ci-après:

1. Quelle est la limite des distorsions au-delà de laquelle l'adhésion des pays membres de l'OCDE au système commercial multilatéral ouvert adopté à Paris perd de sa signification pratique?

2. Faut-il attendre du résultat des négociations sur l'agriculture qu'il influence, notamment à court terme, le statut de l'agriculture suisse?

3. Au-delà des débats et résolutions de la réunion ministérielle de l'OCDE, quels seront leurs effets sur les négociations multilatérales auxquelles participe la Suisse et notamment sur le cycle de négociation du GATT dénommé «Uruguay Round»?

M. Flückiger: L'interpellation que j'ai l'honneur de développer vise à apprendre du Conseil fédéral quelles sont les conséquences auxquelles on peut s'attendre suite à la der-

Internationale Arbeitskonferenz. 72. Tagung

Conférence internationale du travail. 72e session

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1987
Année	
Anno	
Band	III
Volume	
Volume	
Session	Herbstsession
Session	Session d'automne
Sessione	Sessione autunnale
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	01
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	87.045
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	21.09.1987 - 18:15
Date	
Data	
Seite	430-432
Page	
Pagina	
Ref. No	20 015 894

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.